Nummer 351

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang Dienstag, 29. Juli 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, Literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Langewahn, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juli 1924 Oesterreich 200 000 österreichische Kronen Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Auch die 3. Vollsitzung ohne entscheidende Beschlüsse.

Die „Großen Fünf" sollen den Zeitpunkt der Einladung an Deutschland bestimmen.

Auch der gestrige Tag, der die dritte Vollsitzung der Londoner Konferenz brachte, hat im Zeichen der allgemeinen Ergebnislosigkeit gestanden. Man wird das Stadium, in dem sich die Londoner Konferenz jetzt befindet, durch die Feststellung charakterisieren können: Wachsende Hartnäckigkeit Herriots, der offensichtlich unter dem Druck Poincarés steht, und teilweiser Rückzug Macdonalds. Bezeichnend für diese Phase des Kampfes ist die Frage der Einladung an die Deutschen. Die Franzosen wollen die deutschen Delegierten nach wie vor in London zur Unterzeichnung des Diktates sehen. Es scheint, daß Macdonald hierin nachgegeben hat. Jedenfalls ist schon die abermalige Hinauszögerung der Einladung ebenso wie die Verbannung der Diskussion über die Ruhrräumung von der Tagesordnung der gestrigen Vollsitzung ein französischer Erfolg.

Der Verlauf der dritten Vollsitzung.

Erst nach Einigung: Einladung an Deutschland.

London, 28. Juli.

Die Vollsitzung der interalliierten Konferenz begann nach 4 Uhr und vertagte sich einige Minuten nach 5,30 Uhr. Wie verlautet, beschloß die Konferenz die Frage einer Einladung an die deutsche Regierung, Vertreter nach London zu entsenden, an die „Großen Fünf" zu verweisen, die darüber entscheiden sollen, wann eine derartige Einladung abgesandt werden soll.

Der Londoner Vertreter des B. T. B. erfährt hierzu weiter, bei der juristische Ausschuß auf der heutigen Vollsitzung der Konferenz seinen Bericht erstattete, der angenommen wurde. Die Konferenz beschloß, die Chefs der Delegationen der hauptsächlichen auf der Konferenz vertretenen Mächte zu ermächtigen, sobald eine Uebereinstimmung zwischen den Alliierten erzielt worden sei, eine Einladung an Deutschland abzuschicken, Delegierte zum Zwecke der Erörterung nach England zu entsenden. Die Konferenz beschloß außerdem, die Reparationskommission aufzufordern, sich nach London zu begeben.

Reuter meldet: Die Einladung an Deutschland wird wahrscheinlich am Donnerstag oder Freitag abgesandt werden. Hieraus darf jedoch nicht gefolgert werden, daß die Konferenz beabsichtige, den deutschen Vertretern irgendeine Entscheidung aufzuzwingen. Die von der Konferenz vorbereiteten Schriftsätze würden lediglich als Grundlage für die Unterhandlungen dienen. Man ist der Meinung, daß es zwecklos sei, Deutschland einzuladen, solange nicht ein Uebereinkommen unter den Alliierten erreicht ist.

Ueber die weiteren Verhandlungen in der Vollsitzung heißt es: Snowden berichtet über die Arbeiten des ersten Ausschusses, die zu keinem endgültigen Ergebnis geführt hätten. Thomas verlas den Bericht des zweiten Ausschusses und erklärte, die Frage der Vermischung der deutschen Eisenbahnern mit belgisch-französischen Eisenbahnern sei noch ungelöst; die Verhandlungen darüber müßten daher weitergehen. Die Berichte über wirtschaftliche und fiskalische Einheiten sollen nicht veröffentlicht werden, bevor nicht die deutschen Vertreter Gelegenheit gehabt hätten, über sie zu verhandeln. Kindersley berichtete über den dritten Ausschuß und erklärte, daß die bisherigen glänzenden Fortschritte zur Hoffnung berechtigten, daß die Arbeiten morgen zum Abschluß gebracht werden könnten. Der rumänische Gesandte gab für Rumänien eine Erklärung ab. Heute abend ist man der Ansicht, daß die Konferenz in 14 Tagen geschlossen werden wird.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London meldet: Die Konferenz glaubt, daß, um die Durchführung des Dawesplanes zu beschleunigen, man schon jetzt deutschen Delegierten gestatten könne, mit der Reparationskommission die Fragen zu besprechen, die zu ihrer Zuständigkeit gehören. Zu diesem Zwecke werden die Delegierten in der Reparationskommission von ihren Regierungen aufgefordert werden, der Reparationskommission vorzuschlagen, sich nach London zu begeben, um dort zu verhandeln.

Weshalb die Einladung verzögert wird.

Frankreich formuliert neue „Vorbehalte".

EE **London**, 28. Juli.

Heute morgen wurde bekannt, daß die französische Delegation hinsichtlich der Einladung an Deutschland neue Vorbehalte formulieren werde, die es möglich machen würden, die für heute geplante Aufforderung an Deutschland, Delegierte nach London zu entsenden, bereits heute nach Beendigung der Plenarsitzung hinausgehen zu lassen. Die französische Delegation steht auf dem Standpunkt, daß die deutschen Vertreter erst dann zur Teilnahme an den Londoner Beratungen aufgefordert werden könnten, wenn es gelungen sei, unter allen Alliierten in allen strittigen Fragen eine Uebereinstimmung zu erzielen. Tatsächlich hat die heutige Plenarsitzung denn auch beschlossen, diesen französischen Forderungen Rechnung zu tragen. Die Einladung an die deutsche Regierung ist daher noch nicht abgegangen, die Verhandlungen unter den Alliierten dauern vorläufig noch an.

Der EE-Sonderkorrespondent hatte Gelegenheit, in bestinformierten Kreisen der französischen Delegation nach den Ansichten der Beratungen mit der deutschen Delegation sich zu erkundigen. In diesen Kreisen wurde erklärt, daß man bestimmt hoffe, in der Frage der Anleihe, der Garantien und der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebiets bis zum Dienstag abend eine befriedigende Lösung zu finden. In diesem Falle würde die deutsche Delegation am Donnerstag abend in London eintreffen können und an den Beratungen, die gegen Ende der Woche stattfinden, teilnehmen.

Die Ruhrfrage wurde nicht erörtert.

Ein neues Entgegenkommen Macdonalds an Herriot?

TU **Paris**, 28. Juli.

Nach einer Havasmeldung aus London wird die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes auf der Konferenz nicht zur Sprache gebracht, obwohl die Führer der verbündeten Regierungen in einen Meinungsaustausch über diese Frage eingetreten sind. Die französische Delegation faßt die sofortige Räumung des Ruhrgebietes nicht ins Auge, doch werde sie in eine Zurückziehung der Truppen in einem ziemlich entfernten Zeitraum (!) einwilligen. Diese Zurückziehung wird in einigen aufeinander folgenden Etappen vor sich gehen.

EE **London**, 28. Juli.

In offiziellen Kreisen der Konferenz wurde heute nachmittag vor Beginn der offiziellen Plenarsitzung versichert, daß nach gütlicher Uebereinkunft zwischen Herriot und Macdonald in der Vollsitzung der Konferenz die Frage der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebiets nicht erörtert werden solle. Dagegen ist zwischen den beiden Regierungschefs vereinbart worden, daß in dieser Frage weitere private Verhandlungen stattfinden sollen. In dem um 7 Uhr abends ausgegebenen offiziösen Bericht über den Verlauf der Plenarsitzung wird auch mitgeteilt, daß die Frage der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebiets nicht verhandelt wurde. Die Konferenz ist vielmehr der Ansicht, daß zuvor zwischen Frankreich und Belgien in dieser Frage ein Uebereinkommen erzielt werden soll und daß erst dann England sich zu der Angelegenheit offiziell äußern werde. Dagegen hat sich heute morgen die zweite Kommission der Konferenz mit dem Projekt Seydoux zur Räumung des Ruhrgebiets befaßt. Hierbei wurde allerdings die Frage der im Ruhrgebiet verbleibenden französisch-belgischen Eisenbahner ausgeschaltet.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

EE **London**, 28. Juli.

Wie der Sonderkorrespondent meldet, hat auf Anfrage Herriots Macdonald erklärt, daß die Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages eine Privatangelegenheit der beiden Länder sei, in die sich England nicht einmischen werde. Daher erkläre sich England in dieser Frage desinteressiert und erkenne die französische Auffassung als richtig an (!).

Der Stillstand in der Sanktionsfrage.

Neue Kompromißversuche ohne jeden Erfolg.

eca **Paris**, 28. Juli.

Havas meldet aus London, daß die französischen Bankiers, die nach London eingeladen sind, um die französische Delegation bei den Verhandlungen über die Emissionen der Anleihe zu unterstützen, am Sonntag abend in London eingetroffen sind. Darunter befinden sich u. a. die Bankiers Finaly, Sergent und Lewandowski. In der ersten Kommission (Verfehlungen und Sanktionen) hat der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission Oberst Logan einen Vorschlag gemacht, dessen Hauptlinien wiedergegeben werden können. Die Reichsregierung und die Reparationskommission ernennen Vertreter, die mit den Bankiers in Verbindung treten, um in einem gemeinsamen Abkommen die Bedingungen für die Anleihe festzulegen. Dieser Vorgang, berichtet Havas weiter, bleibt im Rahmen der Bestimmungen des Friedensvertrages, denn die Reparationskommission hat das Recht, ihre Vollmachten zu übertragen. Die französischen Delegierten haben im Prinzip diesen amerikanischen Vorschlag angenommen, aber der englische Vertreter Snowden widerstrebt.

Wie EP weiter meldet, wurde der Vermittlungsvorschlag Theunis abgelehnt, dagegen sind mehrere amerikanische Vermittlungsvorschläge eingereicht und in einer zweiten Sitzung heute nachmittag geprüft worden. Aus diesem Grunde wurde der Beginn der Vollkonferenz von 3 auf 4 Uhr verschoben, da die Sanktionskommission um 3 Uhr eine neue Sitzung anberaumt hatte. Aber auch hier kam es zu keinerlei Ergebnis.

Nach einem EE-Telegramm ist auch der neue Vorschlag Logans von der ersten Kommission verworfen. Die Frage ist daher nach wie vor völlig ungeklärt, und es ist unter diesen Umständen nicht zu erkennen, wie in dieser vom internationalen Standpunkt aus schwierigsten Frage überhaupt eine Einigung erzielt werden kann.

Im Anschluß an die Vollsitzung wurde bekannt, daß Meinungsverschiedenheiten über den Bericht des ersten Ausschusses bezüglich der Frage des deutschen Verzuges hervorgetreten sind. Es wurde beschlossen, eine weitere Sitzung dieses Ausschusses für Mittwoch vormittag einzuberufen.

Erst nach Sicherung der Anleihe: Entscheidung über Räumung der Ruhr.

Paris, 28. Juli.

Der „Temps" ist das einzige Blatt, das die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets nicht unter dem Gesichtswinkel der damit verbundenen Austauschmöglichkeiten betrachtet, sondern unzweideutig die am 10. und 11. Januar 1923 abgegebenen Erklärungen der französischen Regierung ins Gedächtnis ruft, die den Besatzungsmächten in dieser Frage vollkommen klare Pflichten auferlegen. Das Blatt schreibt u. a., es sei klar, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebiets die eigentliche Grundlage verloren habe, die die französische Regierung von 1923 ihr gegeben hatte, sobald die Ausbeutung der Pfänder aufhöre. Die heutige Aufgabe der französischen Regierung in der Frage der militärischen Räumung richtet sich danach, ob der Sachverständigenplan erfolgreich durchgeführt wird oder nicht. Wenn die 800-Millionen-Anleihe an dem englischen Widerstand scheitert, wenn die deutschen Obligationen keinen Markt finden, wenn die Sachlieferungen nicht im großen Stil organisiert werden, so bedeutet das, daß der Bericht nicht zur Ausführung gelangt, und dann kehre man zur direkten Ausbeutung der Pfänder zurück, und die militärische Besetzung des Ruhrgebiets findet wieder ihre ursprüngliche Grundlage. Wenn dagegen die Anleihe gezeichnet wird, wenn die allmähliche Unterbringung der Obligationen gesichert ist, wenn die Sachlieferungen im großen organisiert werden, so wird der Sachverständigenbericht ausgeführt, und es handelt sich dann nur noch darum, die Zeit zu bestimmen, in der das Ruhrgebiet militärisch geräumt werden soll.

Micum-Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Bt **Essen**, 28. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Die heutigen Verhandlungen der Sechserkommission des Ruhrbergbaus mit der Micum sind nach mehrstündiger Dauer heute abend ergebnislos abgebrochen worden, da die geringen Zugeständnisse der Micum nach Ansicht der Bergbauvertreter der verschlechterten Wirtschaftslage, die namentlich in der Zunahme der Feierschichten auf den Industriezechen zum Ausdruck kommt, in keiner Weise Rechnung tragen. Die Verhandlungen sollen nach Fühlungnahme der Bergbauvertreter mit der Reichsregierung am Donnerstag fortgesetzt werden.

Gutachten und Industrie.

Von

Dr. Kurt Sorge.

Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die nachstehenden Ausführungen des Herrn Dr. Sorge gehen uns als Entgegnung auf den Artikel des Geheimrats Dr. Guggenheimer zu. Sie vermögen die Ansicht der Redaktion über die Schrift des Herrn Respondek in keiner Weise zu ändern. D. R.

Nur schwer entschließe ich mich, zu dem Aufsatz des Geheimen Justizrat Dr. Guggenheimer „Gutachten und Industrie" in Nr. 344 der „Berliner Börsen-Zeitung" mich zu äußern; die Abneigung dazu gründet sich, abgesehen von meiner Hochschätzung für die Person und die Bedeutung des Verfassers des fraglichen Artikels im deutschen Wirtschaftsleben, im wesentlichen auf die Gefahren, die gerade im Augenblick durch zu Lage tretende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichsverbandes der Deutschen Industrie entstehen. Wenn ich trotzdem die nachfolgenden Zeilen schreibe, so tue ich dies, weil ich, nachdem der Artikel einmal geschrieben ist, das Ausbleiben jeder Aeußerung dazu für noch bedenklicher ansehe, insofern es zu unabsichtlichen oder absichtlichen Mißdeutungen Anlaß geben könnte, und ferner halte ich mich persönlich für verpflichtet, die scharfen Aeußerungen gegen den Verfasser der Broschüre, Konsul Respondek, nicht ganz unwidersprochen zu lassen.

Den zweiten Punkt vorwegnehmend, muß vor allem gesagt werden, daß der von Dr. Guggenheimer geäußerte Verdacht, daß politische Gründe für die Broschüre maßgebend gewesen wären, absolut unzutreffend ist, und daß Konsul Respondek seine Broschüre etwa nicht als eine Kundgebung des Reichsverbandes geschrieben hat, aber immerhin in Fühlungnahme und mit Zustimmung von leitenden Personen des Reichsverbandes. Ich stelle ganz ausdrücklich fest, daß ein solches Einverständnis an sich für Jeden die politische Tendenz, welche Dr. Guggenheimer vermutet, unbedingt ausschließen muß. Der Korrekturbogen der fraglichen Broschüre hat einer Anzahl von maßgebenden Mitgliedern der Organe des Reichsverbandes vorgelegen, die, zum kleinen Teil allerdings sich gegen die Veröffentlichung aussprachen, in ihrem größeren Teil aber der Veröffentlichung zustimmten. Die Geschäftsführung des Reichsverbandes war also hiernach durchaus berechtigt zu dem Wortlaut des Begleitschreibens, mit welchem sie die Versendung der Broschüre in die Hand nahm.

Auf eine Polemik über den Inhalt selbst einzugehen, würde ich, abgesehen davon, daß von beiden Seiten m. E. genügend darüber geschrieben worden ist, im Hinblick auf die augenblicklichen Gefahren solcher Erörterungen, für unrichtig halten aber das muß doch hervorgehoben werden, daß die Auffassung der Respondekschen Broschüre als einer Verteidigungsschrift des Gutachtens ebenso unrichtig und falsch ist wie die vielfach ausgesprochene Wendung, welche diejenigen Männer, die nach der Lage der Verhältnisse das Gutachten als eine Verhandlungsgrundlage ansehen, als Freunde desselben bezeichnet. Ich habe bereits bei anderer Gelegenheit mit aller Bestimmtheit jede Berechtigung, mich oder irgend einen anderen der Beteiligten als einen Freund des Gutachtens zu bezeichnen, zurückgewiesen, beruhe aber die Gelegenheit, diese Zurückweisung hier ganz ausdrücklich zu wiederholen; kein deutscher Wirtschaftler kann ein Freund des Gutachtens sein, da er die Lasten und Gefahren desselben erkennen muß. Es kann sich immer nur darum handeln, ob Deutschland in der ver-

Hotel Kaiserhof-Atlantic, Seebad Heringsdorf

Vertreter für den auf Reisen befindlichen Besitzer Siegfr. Kuttner, Direktor E. Neubert (früh. Fürstenhof u. Palast-Hotel, Berlin).

Zeitgemäß herabgesetzte Preise :: Weitestes Entgegenkommen gegenüber Familien und bei längerem Aufenthalt :: Angenehmster Wochenend-Aufenthalt :: Günstigste Auto- und Zugverbindung